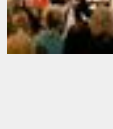


Region: **Deutschland**



Bürgerrechte

Abkehr von der Gendersprache in Politik, Verwaltungen, Bildung, Medien und Gesetzgebung jetzt!



Sabine Mertens

Petition richtet sich an



Deutscher Bundestag Petitionsausschuss

68.369 Unterstützende

67.418 in Deutschland

Sammlung beendet

Gestartet Juli 2022

Sammlung beendet

Einreichung vorbereiten

Dialog mit Empfänger

Entscheidung

Petition 588 27 23.836 Statistiken

Gemeinschaft durch Sprache – Sprachgemeinschaft

Wir fordern von Politik, Verwaltungen, ÖR-Medien und Bildungseinrichtungen: Sprechen Sie unsere **Sprache – die deutsche Einheitssprache**. Niemand würde heute wohl die Notwendigkeit bestreiten, Rechte und Repräsentanz von Frauen und benachteiligten Minderheiten zu stärken und ihre Teilhabe an Ressourcen zu befördern. Dies alles gehört inzwischen fest zum Wertekanon westlicher Demokratien. Strittig ist jedoch das Wie. Der Feminismus ist uneins und als **Genderfeminismus** zerstritten. Er muss seine übergeordneten Ziele erst neu definieren. Andererseits setzt Politik die Sprache als Haupthebel gegen das Ungerechtigkeits- und Ungleichheitsproblem zwischen den Geschlechtern ein. Die Feminisierung bzw. Ausrichtung von Sprache auf Diversität soll das Problem endlich lösen und verstärkt es stattdessen. „Geschlechtergerechte“ Sprache sexualisiert Sprache generell, auch da, wo sie im Grunde geschlechtslos und neutral ist und deshalb von vornherein alle inkludiert.

So wird die Fähigkeit der Sprache geschwächt, Gemeinschaft zu stiften, neue Ungerechtigkeiten werden geschaffen. Auch widerspricht „Gendersprache“ dem ausgewiesenen Mehrheitswillen. Die Auswertung verschiedener aktueller Umfragen unter tausenden Befragten (1) ist deutlich: 75-86% lehnen Gendersprache ab oder halten sie für unwichtig. Daran ändert auch die Verbreitung von Gendersprache durch öffentlich-rechtliche Medien nichts. Im Gegenteil. Sie verstärkt Polarisierung, gesellschaftliche Spaltung und Destabilisierung, da Mediennutzer ihre Erwartungen an den im **Medienstaatsvertrag** festgehaltenen Bildungsauftrag und die Pflicht zu weltanschaulicher Neutralität enttäuscht sehen. Der von verschiedenen politischen Akteuren immer wieder geforderte „geschlechtergerechte“ Umbau von **Gesetzestexten** würde die Trennung der Geschlechter endgültig manifestieren.

Demokratie braucht Regeln

Die negativen Folgen der schon lange praktizierten Durchsetzungspolitik zeigen sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Jede einzelne Schule, jede Universität, jede **Stadt** und Gemeinde, jedes Bundesland, jede Zeitung, jeder Verlag, jeder TV- und Radiosender nimmt sich heraus, gegen geltende **Regeln** und den allgemeinen Sprachgebrauch eine eigene „geschlechtergerechte“ Sprache zu nutzen. Unserer Meinung nach entsteht dabei ein äußerst widersprüchliches Kauderwelsch, mit dem Politik, Verwaltungen und Medien das natürliche Sprachempfinden der Bürger bewusst unterlaufen. Insbesondere soll das generische **Maskulinum** (histor. genus commune) aus der Sprache getilgt werden, da es angeblich nur Männer bezeichne. Um es zu vermeiden, werden anstatt allgemeingültiger Oberbegriffe für Personengruppen, wie z.B. „die Einwohner“, zahlreiche Umschreibungen verwendet: Einwohnerinnen und Einwohner, EinwohnerInnen, -innen, -innen, -innen, -innen, -innen, Personen, die hier wohnen, oder nur noch feminin markierte Formen wie Einwohnerinnen, von denen sich auch Männer „mitgemeint“ fühlen sollen. Die Gleichsetzung von Sexus (biolog.) und Genus (gramm.) basiert jedoch auf einer von Wenigen geteilten Auslegung der deutschen Grammatik. **Wir meinen:**

- „Gendersprache“ entspringt nicht dem natürlichen Sprachwandel, sondern **politischen Bestrebungen**, mit denen fundamental in gewachsene Sprachstrukturen eingegriffen wird. Der Gebrauch des generischen Maskulinums ist historisch belegt, wie eine aktuelle **Studie** von Trutkowski/Weiß zeigt. „Seit 1000 Jahren können Frauen auch Sünder, Richter und Freunde sein.“

- Gendern ist **sexistisch**. Sexualisierte Sprache hebt Unterschiede hervor, wo sie bedeutungslos sind, und verschleiern sie, wo sie zum Informationsgehalt gehören. Verallgemeinernde Aussagen und **Vergleiche** sind nicht länger möglich.

- Gendern ist **reaktionär**. Es schreibt den Opferstatus der Frau fort und reduziert Minderheiten auf sprachliche Zeichen.

- Gendern ist **undemokratisch**. Politik, Verwaltungen und ÖR-Medien gendern ohne demokratische Legitimation gegen den ausdrücklichen Mehrheitswillen.

- Gendern bewirkt das Gegenteil von dem, was es behauptet, zum Schaden vieler. Statt Gleichheit und mehr Gerechtigkeit zu erreichen, reißt es **Gräben** zwischen den Geschlechtern, **grenzt** Menschen nach gruppenbezogenen Merkmalen **aus** und **benachteiligt** Menschen mit geringer Literalität (2) (über 12% der Erwachsenen in Deutschland) oder Menschen mit Behinderungen.

- Gendersprache ist ein **Integrationshindernis** für Zuwanderer.

- Gendersprache ist **unökonomisch**. Sie widerspricht der menschlichen Neigung zur Reduzierung des sprachlichen **Aufwands**, und sie verschlechtert das Verhältnis von Signal (Informationsgehalt) zu Rauschen (Füllsel). Das generische Maskulinum ist als gewachsene **sexusabstrahierende** Form unverzichtbar. Eine vollständige Beseitigung würde die Funktionsfähigkeit der Sprache zerstören.

- Gendersprache ist **grundgesetzwidrig**, denn durch die erzwungene „Sichtbarmachung“ von Merkmalen wie Geschlecht und sexueller Orientierung greift sie in die Intimsphäre und informationelle Selbstbestimmung des Menschen ein. Dadurch verletzt sie die **Menschenwürde**, die von diesen Merkmalen unabhängig und ihnen übergeordnet ist.

Begründung

Zur integrativen Funktion von Sprache und Standard

Sprache befindet sich in einem permanenten Wandlungsprozess (3). Sie wandelt sich basisdemokratisch im Gebrauch durch ihre Sprecher. Diesen Sprachstandard aufzugeben und Werte zu propagieren, die denen der bürgerlichen Mehrheit zuwiderlaufen, ist unverantwortlich, denn die wichtigsten Kriterien der Standardsprache sind ja gerade Einheitlichkeit, Verbreitung, Verständlichkeit und soziale Übereinkunft. Der aufdringliche Gebrauch von Gendersprache durch Personen in Machtfunktionen befördert Autoritarismus und gefährdet den sozialen Frieden.

Da Politiker alle Bürger zu repräsentieren haben, fordern wir sie auf: Handeln Sie „**Im Namen des Volkes**“, verwenden Sie die verständliche und allgemein anerkannte **Standardsprache (Standardvarietät) in Politik, Verwaltung, Bildung und öffentlicher Kommunikation**. **Beenden Sie die Stigmatisierung von gewachsenen grammatischen Grundformen (insbesondere des generischen Maskulinums).**

Rechtsstaatlichkeit

Ohne die Akzeptanz der grammatischen Grundregeln durch Politik, Legislative und das Sprachvolk verliert Sprache ihre Verständigungsfunktion. Die Zerstörung von sprachlichen Standards würde Rechtsprechung letztlich erheblich erschweren, ließen Gerichte z.B. **Befangenheitsanträge** auf Grund weltanschaulicher Bedenken zu. Gerade die Standardsprache verbindet doch alle Sprecher einer Sprachgemeinschaft, und erst generische Begriffe mit ihrem hohen **Abstraktionsniveau** eröffnen Möglichkeiten für eine **normative** Wirkung von Gesetzestexten. Gendersprache berührt durch ständige Sexualisierung die Persönlichkeitsrechte, ja letztlich den Begriff der Menschenwürde, der jeglichen Einzelinteressen und -identitäten übergeordnet ist. In diesem Sinne ist sie verfassungswidrig. Auch darf die Politik „das Recht nicht dazu benutzen, gegen die **Wertvorstellungen** der großen Mehrheit der Bürger die Gesellschaft zu verändern.“

Deshalb fordern wir von Politik und Legislative: **Beenden Sie einseitig feministische Symbolpolitik und Meinungslenkung. Schreiben Sie Gesetzestexte in der deutschen Einheitssprache.**

In den ersten beiden Wellen des Feminismus haben Frauen in zähen Kämpfen Menschen- und Bürgerrechte erstritten. Diese Aufbruchsbewegungen knüpften an Humanismus und Aufklärung an. Ihre ursprünglichen Ziele wie rechtliche Gleichstellung, Wahlrecht, Recht auf Bildung, berufliche Gleichberechtigung, Selbstbestimmungsrecht, Freiheitsrechte usw. sind inzwischen gesetzlich garantiert und bilden u.a. das Fundament demokratischer Gesellschaften. Ein heutiger Feminismus sollte an diese emanzipatorischen Freiheitsbewegungen und die Gestaltungskraft der Frauen anknüpfen. Es gilt, Freiheit und Würde nicht nur für die Frauen, sondern für alle Menschen zu erreichen. Mit der Menschenwürde verknüpft sind das Recht auf individuelle Selbstbestimmung, Schutz der Privat- und Intimsphäre sowie Freiheit des Ausdrucks. Wir fordern von Politik, Verwaltungen, ÖR-Medien und Bildungseinrichtungen: Sprechen Sie unsere **Sprache – die deutsche Einheitssprache**.

Nasrin Amirsedghi, Cristina Barroso, Dr. Ing. Ira Effenberger, Gabriele Gillen, Dr. Elvira Grözinger, Gabriele Gysi, Monika Kroll, Prof. Dr. Xenia Matschke, Sabine Mertens, Dshamilja Paetzold, Jana Schleske, Ulrike Stockmann

v. i. S. d. P. Sabine Mertens

(1) Payr, Fabian, Von Menschen und Mensch*innen, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2021, S. 139 ff

(2) Grotlüschen, Anke, Buddeberg, Klaus (Hrsg.), Leo 2018, Leben mit geringer Literalität, wbv, Bielefeld 2020

(3) Hackstein, Olav, Grammatik im Fegefeuer, faz, 18. 10. 21

Vielen Dank für Ihre Unterstützung, **Sabine Mertens** aus Hamburg

Frage an den Initiator

openpetition.de/einheitssprache

Neuigkeiten

★ abonnieren

alle 27 Neuigkeiten →

Die Petition ist bereit zur Übergabe - Einmal mehr: Gendersprache abgewählt. Selbstorganisierter bundesweiter Volksentscheid von ABSTIMMUNG21 bestätigt erneut: Mehrheit ist gegen Gendersprache in Verwaltung und Bildung

am 07.11.2023

Liebe Unterstützer,

der überparteiliche Verein ABSTIMMUNG21 (1) gab letzte Woche das Ergebnis des selbstorganisierten bundesweiten Volksentscheids 2023 bekannt, an dem viele von Ihnen dankenswerterweise teilgenommen haben. Drei Themen standen zur Abstimmung, eins davon die amtliche Rechtschreibung. Die Abstimmungsfrage dazu lautete: „Stimmen Sie dafür, dass Bundesbehörden in allen öffentlichen Texten nicht gendern, indem sie sich an das Amtliche Regelwerk der deutschen Sprache halten?“

83,56% der 54.608 gültigen Stimmen votierten dafür, nicht zu gendern.

Im Vorwort des Abstimmungshefts (2) heißt es: „Dieses Projekt ist keine der üblichen Meinungsumfragen, wir wollen damit demonstrieren, wie direkte Demokratie wirken kann und damit... **weiter** →“

Die Petition ist bereit zur Übergabe - Infoplattform zu Volksinitiativen gegen Gendersprache gestartet – Sieben Volksinitiativen setzen sich derzeit für die deutsche Standardsprache ein

am 13.10.2023

Liebe Unterstützer,

Beschwerden, Aufrufe und Petitionen haben leider bisher nicht zur Abkehr von der Gendersprache in der öffentlichen Kommunikation geführt. Dennoch ist Ihre Unterschrift hier nicht vergebens, ganz im Gegenteil! Sie haben damit Forderungen zum Ausdruck gebracht, die nun mit direktdemokratischen Mitteln rechtswirksam durchgesetzt werden können – mithilfe von Volksentscheiden.

Im Februar 2023 war die Hamburger Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ gestartet (dreistufiges Modell: Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid). Seitdem formierten sich innerhalb von sieben Monaten in ganz Deutschland weitere Volksinitiativen mit demselben Tenor. In Hamburg ist die erste der drei Stufen erfolgreich... **weiter** →

Die Petition ist bereit zur Übergabe

am 19.09.2023

Liebe Unterzeichner der Petition „Abkehr von der Gendersprache... jetzt!“,

seit Beginn dieser Petition empfinden immer mehr Bürger Gendersprache als Ausdruck von Sprachlenkung und Einschränkung der Rede- und Meinungsfreiheit. Da Petitionen zwar angehört, aber nur selten erhört werden, bleiben uns nur die Möglichkeiten der direkten Demokratie.

Viele Bürger haben das Beispiel der erfolgreichen Volksinitiative (1) aufgefingend: Baden-Württemberg (2) steht vor der Zulassung des Volksbegehrens, Hessen (3) ist gerade gestartet. Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Schleswig-Holstein erwarten in den Startlöchern, und in anderen Bundesländern sind ebenfalls Volksinitiativen zu erwarten. In Sachsen und Thüringen ist der Genderzwang schon Geschichte... **weiter** →

Debatte

zur Debatte →

PRO

Die vermeintlich korrekte Nennung aller Geschlechter ist sprachlich falsch und verzerrt den Sinn: Die *Wörter enthalten Wortteile, die es nicht gibt (Kund*, Arzt* etc), das Partizip Präsens verändert die Bedeutung der Aussage (Mitarbeitende, For-schende usw) und die ständigen Doppelnennungen sind nicht nur nervig sondern teils auch lächerlich. Heute neu gehört: WITWER und WITWERINNEN (Witwer leitet sich vom generisch femininen Wort "Witwe" ab),

CONTRA

Es gibt Möglichkeiten, das Gendersternchen, bin-nen-I oder ähnliche Alternativen elektronisch zu unterdrücken: Am besten das Plugin "Binnen-I be-gone" im Browser installieren und schon sind die Texte wieder flüssig lesbar. :)

MEHR ZUM THEMA BÜRGERRECHTE

Region: **Dormagen**

Bürgerrechte

Rettet die Gaststätten Haus Bismarck in Dormagen

3.012 Unterschriften
21 Tage verbleibend

Region: **Mülheim an der Ruhr**

Bürgerrechte

VHS in der MüGa endlich wieder instandsetzen / Bürgerentscheid und Denkmalschutz respektieren

1.000 Unterschriften
135 Tage verbleibend

Region: **Brandenburg**

Bürgerrechte

8. März gesetzlicher Feiertag in Brandenburg ab 2024

780 Unterschriften
44 Tage verbleibend

Helfen Sie mit, Bürgerbeteiligung zu stärken. Wir wollen Ihren Anliegen Gehör verschaffen und dabei weiterhin unabhängig bleiben.

JETZT FÖRDERN

Einreichen garantiert



Wir reichen Ihre Petition ein. Damit Ihr Anliegen das Parlament erreicht, behandelt und entschieden wird.

OpenPetition

Über uns
Jobs [\[Wir stellen ein!\]](#)
Blog
Presse
openShop

Service

Ratgeber
Einreichen
Widgets
openDemokratie
Hausparlament

Petitionen

Alle Petitionen
Petition starten
Themen
Regionen
Parlamente

Rechtliches

[Lob, Kritik, Idee](#)
Transparenz
Nutzungsbedingungen
Datenschutz
Impressum